



Protokollauszug zum AUSSCHUSS FÜR BAUEN, TECHNIK UND UMWELT

am Donnerstag, 29.10.2015, 17:03 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

| | | |
|-------|--|-----------------|
| TOP 1 | Goethe-Gymnasium Außenanlagen - zweiter Bauabschnitt - Entscheidung für eine Vorentwurfsvariante als Grundlage für die weitere Entwurfsplanung | Vorl.Nr. 415/15 |
|-------|--|-----------------|

Beschluss:

Für die weitere Entwurfsplanung des zweiten Bauabschnittes (Pausenhof Nord) der Außenanlagengestaltung zum Goethe-Gymnasium soll die Vorentwurfsvariante B weiterverfolgt werden.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 8 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung angenommen.

Nicht anwesend: Stadtrat Juranek
Stadtrat Seybold

Ja 8 Nein 4 Enthaltung 1

Beratungsverlauf:

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet BM **Ilk** den Ausschuss um ein Stimmungsbild zur Vorlage 380/15 „Erneuerung des Verkehrsrechnersystems in Ludwigsburg/Vergabebeschluss“. Mit 13 Ja Stimmen, 0 Nein Stimmen und 0 Enthaltungen äußern sich die Ausschussmitglieder einstimmig für den Beschlussvorschlag.

Stadträtin **Burkhardt** lobt bei dieser Gelegenheit die Verwaltung, weil sich die Kosten für das Verkehrsrechnersystem laut Vorlage gesenkt und der gewährte Zuschuss sich erhöht habe.

Anschließend stellt Herr **Habermann** (Fachbereich Tiefbau und Grünflächen) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigefügt ist, die zweite Entwurfsplanung und die Kostenberechnung für die Freiflächenplanung des Campus Goethe-Gymnasium.

Stadtrat **Noz** nimmt Bezug auf die zusätzlichen Informationen, die im Rahmen der Präsentation kommuniziert wurden und die nicht Teil der Vorlage 415/15 sind. Diese hätten seiner Meinung nach dem Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt für die Beratung und Beschlussfassung

auch schriftlich vorgelegt werden sollen. Außerdem vermisst Stadtrat Noz in der Darstellung des Sachverhalts die Gesamtbilanz von Ist- zu Soll PKW- und Fahrradstellplätzen für den gesamten Campus. Es wäre seiner Ansicht nach interessant zu wissen, welche Stellplätze vor Ort öffentlich und welche zweckgebunden für die Schule ausgewiesen seien. Die CDU-Fraktion bevorzuge die Planungsvariante B, diese sei jedoch lediglich ein Teilaspekt. Stadtrat Noz erwähnt, dass ihm zur Außenanlagengestaltung des Goethe-Gymnasiums ein Brief der Lehrer sowie ein Brief der Stadtverwaltung vorliegen. Er möchte wissen, welche darin enthaltenen Forderungen bei der Entwurfsplanung berücksichtigt wurden. Er bittet, dass sowohl die Mitglieder des Gemeinderats als auch die Presse die in der heutigen Sitzung präsentierten Informationen schriftlich bekommen samt der Bilanz für die PKW- und Fahrradstellplätze.

Stadträtin **Dr. Knoß** lobt die Planung und hofft, dass auch andere Schulen in den Genuss einer hochwertigen Außenanlage kommen können. Ihr fehlt immer noch eine Antwort auf die bereits im Vorgespräch gestellten Fragen: wie viele Schüler besuchen das Goethe-Gymnasium, wie viele kommen zum Campus mit dem Fahrrad und wie viele Rad-Abstellplätze gibt es dort aktuell. Zudem fragt Stadträtin Dr. Knoß, ob der Beschluss der Vorentwurfsvariante A oder B das Einzige sei, was der Ausschuss hinsichtlich der Fahrradabstellplätze steuern könne. Sie schlägt vor, einen Teil der öffentlichen PKW-Stellplätze in der Alleenstraße umzuwidmen und für das Abstellen von Fahrrädern bereit zu stellen. Somit ließe sich der Parksuchverkehr entschärfen und die Gefahr für Rad fahrende Schüler minimieren. Eine weitere Überlegung wäre die Schaffung eines zweiten Zugangs nur für Radfahrer, damit diese nicht hinter den Autos fahren müssen.

Stadträtin **Liepins** äußert sich überrascht, dass die präsentierten Daten den Ausschussmitgliedern nicht im Vorfeld schriftlich zur Verfügung gestellt wurden. Die SPD-Fraktion möchte das Vorhaben positiv unterstützen, da nach dem Umbau des Goethe-Gymnasiums im Außenbereich Flächen für die Schüler fehlen, die sie dringend benötigen. Stadträtin Liepins sieht ein, dass PKW-Stellplätze für die Lehrer benötigt werden. Sollten deshalb aktuell 127 Stellplätze für den gesamten Campus vorhanden sein, sollten sie auch erhalten bleiben. Andererseits sei es wichtig, auch genügend Abstellplätze für Fahrräder anzubieten. Sollte dies nicht ebenerdig möglich sein, könnte man über eine Art Fahrradgarage auf zwei Ebenen nachdenken. Die SPD-Fraktion spricht sich für die Vorentwurfsvariante B aus. Stadträtin Liepins bittet darum, die heute präsentierten Daten dem Ausschuss schriftlich zur Verfügung zu stellen, damit auch in den Fraktionen darüber beraten werden könne mit Blick auf den im Frühjahr 2016 anstehenden Baubeschluss.

BM **Ilk** bemerkt, dass man sich aktuell in einer sehr frühen Planungsphase befinde. In dieser Phase gebe es in der Regel einen mündlichen Bericht im Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt, in dem die Verwaltung den Stand ihrer Planungsüberlegungen darstelle und die Anregungen aus dem Gremium zur weiteren Bearbeitung aufnehme. Erst danach werde die Entwurfsplanung vorgestellt. Heute soll lediglich eine Richtungsentscheidung getroffen werden, damit die Verwaltung wisse, ob sie mit mehr oder mit weniger PKW-Stellplätzen weiterplanen soll. Auch bei den präsentierten Kosten handle es sich um eine grobe Kostenschätzung wegen des frühen Planungsstadiums.

Stadtrat **Noz** betont erneut, dass es unmöglich für die Stadträtinnen und Stadträte sei, anhand einer gezeigten PowerPoint-Präsentation vernünftige Anregungen abzugeben. Dazu bedarf es einer längeren Auseinandersetzung mit der Planung und diese könne nur dann erfolgen, wenn die Daten den Ausschussmitgliedern schriftlich vorliegen. Zudem werde nichts akzeptiert, was nicht in der Vorlage aufgeführt sei. Stadtrat Noz bittet die Verwaltung, die Daten schriftlich zur Verfügung zu stellen.

Stadtrat **Rothacker** spricht sich ebenfalls für die Variante B aus. Er regt zudem eine E-Bike-Ladestation für den Campus an. Zu der erwähnten Fahrradgarage sagt Stadtrat Rothacker, dass sich die ARGE Campus deutlich gegen einer solchen ausgesprochen habe. Auch sieht er keine Möglichkeit, PKW-Stellplätze in der Alleenstraße zu streichen.

Stadträtin **Burkhardt** bemerkt, dass sich der mündliche Bericht im Gegensatz zu der Vorlage auf

den gesamten Campus beziehe, was auch sehr begrüßenswert sei. Einen Gesamtplan der Außenanlage habe der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt laut Stadträtin Burkhardt im Jahr 2008 das letzte Mal erhalten. Sie findet es unerfreulich, dass der zu fassende Beschluss letztendlich zu einem Kampf zwischen PKW- und Fahrradabstellplätzen hinauslaufe. Dieser Kampf wäre ihrer Ansicht nach vermeidbar, wenn die Abstellplätze für Fahrräder dezentral untergebracht werden könnten (Stichwort Fahrradparkhaus). Sie fragt, ob sich im umgebauten Goethe- Gymnasium eine Möglichkeit finden könnte, Fahrräder ebenerdig oder im Keller abzustellen. Andererseits hat sie auch Verständnis für das Anliegen und die Argumente der Lehrer, die gerne Autostellplätze in unmittelbarer Nähe des Campus haben möchten. Stadträtin Burkhardt sieht sich aufgrund der zusätzlich präsentierten Informationen nicht in der Lage, in der heutigen Sitzung abzustimmen. Auch sie bittet darum, die Daten aus dem mündlichen Bericht schriftlich zu erhalten, um besser entscheiden zu können.

Stadtrat **Lettrari** schließt sich Stadträtin Burkhardt an. Auch er bittet darum, die präsentierten Informationen schriftlich zu bekommen. Zudem sollte die Beschlussvorlage zurückgezogen und die Entscheidung zur weiteren Entwurfsplanung des zweiten Bauabschnittes (Pausenhof Nord) vertagt werden, damit genügend Zeit für fraktionsinterne Beratungen bleibe.

BM **Ilk** verspricht die Zusendung der mündlich präsentierten Informationen und ebenso des Schreibens vom Personalrat der Schulen, welches nicht allen Fraktionen vorliegt.

Den aktuellen Ist-Zustand bei den PKW-Stellplätzen im gesamten Innenstadtcampus beziffert Herr **Habermann** auf 127 Stellplätze. In den angrenzenden Straßen gebe es auch 63 öffentliche Stellplätze, die von der Planung unberührt seien. Sollte man die Vorentwurfsvariante A weiterverfolgen, würde sich die Anzahl der PKW-Stellplätze im gesamten Innenstadtcampus auf 104 reduzieren. Bei der Vorentwurfsvariante B würden insgesamt 117 PKW-Stellplätze zur Verfügung stehen. Die dauerhafte Verlegung von PKW-Stellplätzen in den Parkhäusern wurde geprüft und wegen Kapazitätsengpässe als mögliche Lösung verworfen. Die SWLB habe sich jedoch laut Herrn Habermann bereit erklärt, den Lehrern zeitlich begrenzt von 7:00 bis 20:00 Uhr Stellplätze im MHP-Arena Parkhaus zur Verfügung zu stellen. Jetzt müsse grundsätzlich die Frage geklärt werden, ob die Anzahl der PKW-Stellplätze für den gesamten Innenstadtcampus auf 50 reduziert oder ob nach einer anderen verträglichen Lösung gesucht werden soll, die jedoch vom Strukturplan abweichen würde. Zu den Fahrradabstellplätzen sagt Herr Habermann, es sei schwierig, eine konkrete Anzahl für den gesamten Campus sicher zu ermitteln. Die Verwaltungsvorschrift zu Stellplätzen (VwV Stellplätze) schreibe als Schlüssel 1 Fahrrad-Stellplatz pro 3 Schüler vor. Der aktuelle Bestand an Fahrradstellplätzen im Bereich des Goethe-Gymnasiums betrage 122 Plätze. Zu der Einsehbarkeit der Flächen, insbesondere des Innenhofs und des überdachten Bereichs, sagt Herr Habermann, die Planer haben sich mit dem Kommunalen Ordnungsdienst (KOD) und mit der Kommunalen Kriminalprävention abgestimmt. Eine Fahrradgarage erachten die Planer als ungeeignet auf den Innenstadtcampus. Eine E-Bike-Ladestation wäre möglich. Die Verwaltung möchte noch die Rückmeldungen aus der Mobilitätsbefragung der Schulen in die weiteren Planungen einfließen lassen. Eine Überdachung der Fahrradabstellplätze wäre laut Herrn Habermann ebenfalls möglich, eventuell mit Dachbegrünung. Allerdings würde man bei dieser Vorgehensweise einen Präzedenzfall schaffen, der hohe Kosten verursache. Die Anregung von Stadträtin Dr. Knoß zur Schaffung eines zweiten Zugangs nur für Radfahrer werde die Verwaltung prüfen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** regt an, die Karlstraße und den Karlsplatz ebenfalls in die Planungen für den Innenstadtcampus mit einzubeziehen. Ihrer Meinung nach gebe es in den Parkhäusern genügend Platz, so dass es möglich wäre, für die Bedarfe im Campus eine gute Lösung zu erzielen. Wichtig sei, dass die Kinder ohne Störungen mit dem Fahrrad zur Schule fahren können. Ein Campus sollte laut Stadträtin Steinwand-Hebenstreit autofrei sein. Sie sagt, dass die Fraktion der Grünen aus diesem Grund mittelfristig eine verkehrsberuhigte Alleenstraße möchte. Die Überdachung der Fahrradabstellplätze hält Stadträtin Steinwand-Hebenstreit für eine gute Idee. Zudem regt sie eine kleine Reparaturstation für Fahrräder auf dem Campus an, um das Radfahren für die Schülerinnen und Schüler attraktiver zu machen.

Stadträtin **Moersch** bedankt sich im Namen der ARGE Campus bei der Verwaltung für die gute und konstruktive Zusammenarbeit bei der Planung der Außenanlagen.

Abstimmungsergebnis:

Über diesen Tagesordnungspunkt wird nicht abgestimmt. Er soll erneut auf die Tagesordnung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 12.11.2015 gesetzt und dort vorberaten werden.

Beratungsverlauf:

Herr **Winkler** (Fachbereich Sicherheit und Ordnung) erklärt, dass die Richtlinien der Sondernutzungssatzung im Jahr 2010 das letzte Mal geändert wurden. Das Ziel sei damals gewesen, die Qualität der öffentlichen Räume zu steigern und die Konkurrenzfähigkeit der Stadt zu verbessern. Dieses Ziel bleibe weiterhin bestehen. In letzter Zeit habe es weitere Entwicklungen gegeben, die sich auf die Attraktivität der Stadt positiv auswirken, z. B. das Marstallcenter mit dem gesamten Umfeld oder das Westportal. Dieser städtebauliche Qualitätsanspruch müsse mit einer Fortschreibung der Richtlinien der Sondernutzungssatzung einhergehen. In der vorliegenden Überarbeitung seien auch die Erkenntnisse aus geführten Gesprächen mit Einzelhändler und Gastronomen, die Vorschläge des Ludwigsburger Innenstadtvereins (LUIS) sowie die Praxiserfahrungen der Verwaltungsmitarbeiter eingeflossen. Noch nicht in der Überarbeitung enthalten seien die Themen „Plakatierung“ und „Gebührenverzeichnis“, weil noch einige Aspekte geprüft werden müssen. Zu einem späteren Zeitpunkt soll sich aber der Ausschuss für Bauen, Technik und Umwelt auch mit diesen beiden Themen befassen.

Anschließend erläutert Frau **Boos** (Fachbereich Stadtplanung und Vermessung) anhand einer Präsentation, die dem Protokoll beigelegt ist, detailliert die Beweggründe für die Fortschreibung der Richtlinien der Sondernutzungssatzung.

Stadtrat **Braumann** sagt, dass eine lebendige und attraktive Stadt mit hoher Aufenthaltsqualität gewollt sei und kein steriler und uniformer Stadtraum, der eintönig wirke. Die Lebensfreude und die Schaffenskraft der Stadt und ihrer Händler dürfe man deshalb auch im öffentlichen Raum erleben. Den Geschäftsinhabern sollte möglich sein, sich entsprechend präsentieren zu können. Regelungen sollte es dennoch geben. Zudem spricht Stadtrat Braumann den Bereich Veranstaltungen an. Hier erachtet er es als wichtig, die Konsequenzen einer Nutzungsrechtübertragung von der Stadt an ihren Eigenbetrieb Tourismus und Events klar zu kommunizieren. Auch beim Thema Plakatierung bittet Stadtrat Braumann, die Vereine, Organisationen und Parteien rechtzeitig über die beabsichtigte Vorgehensweise zu informieren. Da die Vorlage Nr. 420/15 den Stadträten sehr kurzfristig eingegangen sei, habe man in der CDU-Fraktion nicht ausreichend Zeit gehabt, um über die Fortschreibung der Richtlinien der Sondernutzungssatzung zu diskutieren. Die Fraktion sehe sich deshalb heute Abend nicht in der Lage, darüber abzustimmen. Sie erachte den Sachverhalt als eingebracht und würde es begrüßen, wenn die Möglichkeit einer Beratung und Abstimmung in der Sitzung des Ausschusses für Bauen, Technik und Umwelt am 12.11.2015 gegeben wäre.

Stadträtin **Dr. Knoß** findet Kontrollen im Rahmen der Sondernutzungssatzung und der Gestaltungsrichtlinien wichtig. Sie ist überzeugt, dass die Mehrheit der Bevölkerung die vorgestellten Richtlinien mittragen werde. Zum Thema „Bepflanzung“ regt sie an, auch solche Pflanzen zu erlauben, die im Laufe der Jahreszeiten ihr Aussehen verändern. Zudem schlägt Stadträtin Dr. Knoß vor, dass die Stadtverwaltung noch im Vorfeld der Beschlussfassung die Bedürfnisse und Wünsche der örtlichen Vereine bezüglich der Plakatierung im öffentlichen Raum in der Fortschreibung der Sondernutzungssatzung berücksichtigt.

Nach Meinung von Stadträtin **Liepins** ist es wichtig zu regulieren, um ein stimmiges Innenstadtbild zu vermitteln und den Wildwuchs auszuschließen. Dennoch sollte etwas Individualität zugelassen werden.

Stadtrat **Rothacker** vertritt die Meinung, dass man regulierend eingreifen sollte, um ein einstimmiges Stadtbild zu gewähren. Er teilt mit, dass er sich bei der Abstimmung enthalten werde, da er von den Richtlinien der Sondernutzungssatzung als Gastronom direkt betroffen sei. Seiner Ansicht nach sollten mehrere Gestaltungsrichtlinien erneut überprüft werden. Zudem erkundigt er sich über die Länge der Übergangsfrist bis die Umsetzung der neuen Richtlinien verbindlich werde.

Nach Ansicht von Stadträtin **Burkhardt** sollten die Bäume auf dem Marktplatz dringend in ein einheitliches Bild gebracht werden. Für Kübelpflanzen sieht sie in den Gestaltungsrichtlinien eine große Auswahl gegeben und ist damit einverstanden. Für Stadträtin Burkhardt gehören zu einer lebendigen Innenstadt auch lebendige Farben. Deshalb sollten sie auch zugelassen werden. Stadträtin Burkhardt lobt zudem, dass sich im Bereich der Innenstadt seit der Erstaufstellung der Sondernutzungssatzung einiges zum Positiven verändert habe und eine gewisse Ordnung eingetreten sei. Dies gelte weiterzuführen, jedoch ohne Überregulierung.

Stadtrat **Lettrari** plädiert für mehr Farbe und Vielfalt in der Stadt. Wichtig sei, dass die Verwaltung auch mit den Einzelhändlern diskutiere, um bei den Gestaltungsrichtlinien einen Konsens für alle Seiten zu finden.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** fragt, ob die betroffenen Einzelhändler und Gastronomen, die auch Stadträte sind, bei der Beschlussfassung mitstimmen dürfen. Außerdem erkundigt sie sich nach der Aufgabenverteilung innerhalb der Verwaltung bei der Fortschreibung der Richtlinien der Sondernutzungssatzung und fragt, wie die Richtlinien umgesetzt werden sollen. Stadträtin Steinwand-Hebenstreit legt Wert auf ein einstimmiges Stadtbild. Sie regt an, Plakatierungswände an bestimmten Stellen in der Stadt aufzustellen, um bei der Plakatierung mehr Ordnung zu schaffen. Auch bei den Baumpflanzungen auf dem Marktplatz sollte auf ein stimmiges Erscheinungsbild geachtet werden.

Zu der Aufgabenverteilung sagt Herr **Kurt** (FB Stadtplanung und Vermessung), dass sein Fachbereich bei der Gestaltung der Richtlinien beratend tätig sei. Allerdings habe der Fachbereich Stadtplanung und Vermessung keine Vollzugslizenz. Aus diesem Grund sei der Fachbereich Sicherheit und Ordnung in der heutigen Sitzung anwesend. Zu den Richtlinien selbst sagt Herr Kurt, sie seien nicht mehr an der Zahl, sondern differenzierter geworden. Dort, wo mehr Spielraum benötigt werde, habe man versucht, die Richtlinien zu lockern. Dort, wo sich in der Praxis Schwierigkeiten mit den bestehenden Formulierungen ergeben haben, habe man versucht, eindeutig zu werden und missverständliche Begriffe zu tilgen. Herr Kurt versichert, dass es keinesfalls Intension der Verwaltung sei, Uniformität in der Stadt zu schaffen. Zudem seien die Einzelhändler und Gastronomen bei der Fortschreibung der Richtlinien einbezogen worden.

Frau **Boos** bestätigt, dass mit der vorliegenden modifizierten Satzung versucht wurde, interpretierungsfähige Richtlinien näher zu erläutern. Die Verwaltung werde eine Broschüre mit den vorgeschlagenen Richtlinien anfertigen und mit dieser in die weiteren Beratungen gehen. Zu der Pflanzenliste sagt Frau Boos, diese sei nicht abschließend, sondern als Empfehlung und Unterstützung für die Beratungen gedacht. Bei der Bepflanzung werde eine Übergangsregelung von zwei Jahren vorgeschlagen.

Zum Thema Plakatierung in der Stadt sagt Herr **Winkler**, dass die Verwaltung aktuell die Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit moderner Technologien in diesem Bereich, beispielsweise des digitalen Bilderrahmens, prüfe. Eine abschließende Bewertung liege noch nicht vor. Zudem informiert er, dass die Stadt dem Eigenbetrieb Tourismus und Events bestimmte Flächen, z. B. dem Marktplatz oder dem Rathaushof, für die Durchführung von Veranstaltungen übertragen habe. Für diese Flächen würden Sonderregelungen außerhalb der allgemeinen

Sondernutzungssatzung geschaffen, die bei Veranstaltungen greifen. Wenn es keine Veranstaltungen gebe, würde die Sondernutzungssatzung selbstverständlich auch für diese Flächen gelten. Herr Winkler geht auch auf das Thema Vollzug der Regelungen ein. Er versichert, dass die Stadt das Gespräch mit den betroffenen Einzelhändlern und Gastronomen gesucht habe. Künftig werde gegen behagliche Verweigerer mit einem Ordnungswidrigkeitsverfahren vorgegangen. Von einer Befangenheit der Gastronomen und Einzelhändler bei der Beschlussfassung wegen eines unmittelbaren Vor- oder Nachteils sei die Verwaltung nicht ausgegangen. Das Thema werde jedoch gerne nochmal überprüft.

Stadtrat **Rothacker** schlägt vor, die beabsichtigte Broschüre zu den Richtlinien der Sondernutzungssatzung zwischen Gastronomen und Einzelhändler einzuteilen.

Stadträtin **Steinwand-Hebenstreit** bemerkt, dass die Gastronomie dazu tendiere sich „einzukasteln“. Diese Abschottung hält sie nicht als zuträglich für das Stadtbild.

Stadträtin **Burkhardt** möchte wissen, warum die Favoritegärten und die Marienwahl bei der Erweiterung hin zum Bahnhof mit einbezogen wurden. Herr **Kurt** erklärt, man habe sich beim Geltungsbereich an den STEP Innenstadt als Ordnungskriterium orientiert. Ebenfalls zur Frage von Stadträtin Burkhardt nach einem Lichtkonzept sagt Herr Kurt, dieses sei aktuell aufgrund anderer Prioritäten zurückgestellt worden und bittet um Verständnis. Zu der Anmerkung von Stadträtin Steinwand-Hebenstreit sagt Herr Kurt, eine „Abschottung“ der Gastronomie sei an Straßen mit Autoverkehr in bestimmten Formen tolerierbar, jedoch nicht an Fußgängerzonen.